

# Leserdialog



Sie wollen mitreden? Schreiben Sie uns ein E-Mail an [leserdialog@nachrichten.at](mailto:leserdialog@nachrichten.at)

7

## Stichwort Sprache

KRITIK&amp;ERRATUM



Redakteur  
Klaus  
Buttinger

## Teuflischer Schliff im Sprachhochwasser

Heute: Die Tücken der Dialektik am Beispiel christlicher Symbolik. Damit soll man als Schreiber ja vorsichtig umgehen, insbesondere in einer am Profanen orientierten Publikation.

**1** Kürzlich wurde im Regionalteil ein Stauberater porträtiert. Er sei ein „Engel, der Staus wie der Teufel hasst“, wurde ihm im Titel beschieden (siehe Faksimile unten). OÖN-Leser Wolfgang K. schrieb darob: „Ich bin mir nicht sicher, ob der Teufel Staus wirklich hasst, möglicherweise hat er seine teuflische Freude daran.“ Unzufrieden ist Herr K., der übrigens an einer Straße namens Teufelsgraben residiert, auch mit der Position der Engel im Text: „Ich vermute, dass Engel den Teufel hassten, aber möglicherweise auch Staus, welche ver-

mutlich *er* gemacht hat.“ Wir sehen, dass im unvorsichtigen Abdriften in überholte Religionsmetaphern selten Segen liegt.

**2** Leser Hubert S. stieß auf, dass in der traurigen Geschichte über die Absiedlung von Hochwasseropfern „Häuser geschliffen wurden“ – statt geschleift –, wie im „Gästebuch“ zu lesen war. Wir erklären uns den Lapsus so: Der Autor war emotional so involviert, dass er die Geschichte mit einem Messer zwischen den Zähnen geschrieben hat.

**Ein Engel, der Staus wie der Teufel hasst**

## Gästebuch



## Auf Tour mit dem Pilzexperten

Der feuchte Sommer bringt jetzt die Schwammerl so richtig zum Sprießen. Davon konnte sich OÖN-Redakteur Alfons Krieglsteiner (re.) gestern in der Zelletau bei Freistadt auf einer Exkursion mit dem Pilzexperten Helmut Pammer ein Bild machen. Ob Eierschwammerl, Steinpilz oder weniger bekannte wie Krause Glucke und Maggipilz – für alle hat die Hochsaison begonnen. »Seite 33 Foto: Schwarzl

## Das ärgert mich ...

### Zu viele Gemeinderäte „regieren“ im Land

Eine Gemeinde mit bis zu 400 Einwohnern wird vom Bürgermeister beziehungsweise einer Bürgermeisterin und weiteren acht Gemeinderäten „regiert“. Meine Meinung dazu: Es sollte in Oberösterreich keine Gemeinden unter 1100 Einwohnern geben. Sie müssten an andere Gemeinden angeschlossen werden.

Gemeinden bis 1100 Einwohner werden von 13 Gemeinderäten „regiert“, was allein schon zu hoch ist. Ein Prozent der Bevölkerung müsste reichen. Es kostet alles Geld! Die Ein-Prozent-Hürde trifft zum Beispiel bei den Gemeinden bis 1900 Einwohner zu. Und dann ist der große Sprung: Gemeinden zwischen 1900 und 4500 Einwohnern „regieren“ 25 Gemeinderäte inklusive Bürgermeister. Zwischen 13 und 19 Gemeinderäten und auch zwischen 19 und 25 müssten Reduzierungen vorgenommen werden. Die Steuern werden nicht für derartige Unsinnigkeiten abgeliefert.

■ **Karl Glaser**, St. Peter am Hart

## Leserbriefe des Tages DAS DENKEN SIE DARÜBER

### Der Dumme ist der Steuerzahler

Ich betreibe zwar nur eine kleine Handelsagentur, kann mir daher keinen Finanzdirektor anstellen und einen übergeordneten Finanzstadtrat natürlich schon gar nicht. Dennoch, ich hatte einen Geschäft-Yen-Kredit laufen, über viele Jahre. Was war damit verbunden?

Ein fast täglicher Blick auf die Kursentwicklung. Zusätzlich wurde von mir die generelle Wirtschaftsentwicklung Japans unter die Lupe genommen. Seit nun die EZB eine ähnliche Geldpolitik wie Japan verfolgt, kam der Euro gegenüber dem Yen in arge Bedrängnis und wurde von mir der Kredit ruckzuck konvertiert und somit das Geschäft mit plus abgeschlossen.

Abgesehen davon kam regelmäßig von meiner Hausbank der Hinweis, dass diese Art von Kredit eine besondere Aufmerksamkeit erfordert. Wird die BAWAG wohl ähnlich handhaben. Im Gegensatz zur Stadt Linz, wo alles darauf hindeutet, dass der Steuerzahler der Zahlmeister ist, habe ich vom Währungsgewinn Steuern an die Republik zu entrichten.

Die „politische Verantwortung“ ist nur eine Floskel, die sich die Politik zu eigen gemacht hat. Maximal, aber in Österreich so gut wie nie praktiziert, steht der Rücktritt an. Dann wird auch ein nichtsnutziger Parteiposten geschaffen. Siehe bei Ex-Finanzstadtrat Mayr, welcher auf Grund einer Eigenaussage zu seinen Finanzkenntnissen bei einem Privatunternehmen



Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

„Es will mir nicht in den Kopf, dass man so vehement am Beschluss zu Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zur EU festhält. Wo bleibt da der Hausverstand ...?“

■ **Karl Kimmerstorfer**, Haid

mit eigener Finanzabteilung wohl nur für die Bedienung des Kopierers zuständig gewesen wäre.

Interessant wäre zu wissen, ob die ehemaligen Finanzverantwortlichen der Stadt Linz bei der BAWAG den aktuellen Stand des SWAP eben in kürzeren Zeitintervallen angefordert haben? Die BAWAG hat diesen offensichtlich nur einmal im Monat der Stadt bekanntgegeben. Ich nehme an, dass die Bank so kundenfreundlich gewesen wäre, diesem Wunsch nachzukommen. Ich vermute, dieser Wunsch wurde nie geäußert, weil ohnehin niemand mit diesem „kleinen“ Geschäft etwas zu tun hatte und somit auch keiner zuständig war.

Die Zuständigkeit wird wohl mit salbungsvollen Worten an den letztendlich Dummen übertragen: an den Steuerzahler.

■ **Michael Leon Alkühn**, Thalheim

### Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Als Befürworter der ersten Stunde zur EU zweifle ich immer mehr am Ergebnis, Stichtag Anfang August 2016. Für mich ist die EU nur noch eine missglückte Abwandlung der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft). Der aufgeblähte Verband (Union?) von 28 (-1) Ländern blockiert sich gegenseitig, jedes Mitglied ist nur dann „willig“, wenn die eigenen Interessen gewahrt bleiben (siehe Flüchtlingsdrama, siehe Brexit etc.).

Warum nur werde ich meine Skepsis zu übermäßigem Wachstum (als Erfahrung meiner langjährigen Selbstständigkeit) nicht los? Es will mir nicht in den Kopf, dass man so vehement am Beschluss zu Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zur EU festhält. Wo bleiben da

der Hausverstand, das Bauchgefühl und der Anstand etlicher europäischer Politiker (wollen die denn auch einmal Lobbyist werden)?

Bin ich altmodisch, wenn ich sage: Man füge nur zusammen, was zusammen gehört? Und wenn's nicht geht, dann sollte man „bestenfalls“ ein Wirtschaftsbündnis mit „allen Annehmlichkeiten“ in gegenseitigem Interesse anstreben, also zurück zu einer optimalen EWG.

■ **Karl Kimmerstorfer**, Haid

### Behinderung ist kein Luxus!

Die Berichterstattung in den regionalen Medien könnte den Eindruck erwecken, die Lebensgestaltung behinderter Menschen wäre nur als Kostenfaktor zu betrachten. Dem Eindruck möchte ich entgegenwirken.

Tatsache ist, dass die Vereine und Institutionen, als Träger der Behindertenhilfe in Oberösterreich, seit Jahren ohnehin um eine Kosteneinsparung durch Strukturereformen bemüht sind. Weitere Einsparungen würden auf Kosten der Qualität in der Betreuung und Assistenz für behinderte Menschen gehen.

Tatsächlich besteht eine Warteliste für Menschen, die Leistungen nach dem oberösterreichischen Chancengleichheitsgesetz benötigen. Es herrscht seit Jahren eine Unterversorgung an bedarfsgerechter persönlicher Assistenz, fähigkeitsorientierter

Aktivität (ehemalige Behindertenwerkstätten), betreuten oder betreubaren Wohnungen und mobiler Betreuung für Menschen mit Beeinträchtigungen.

Österreich hat im Jahr 2008 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert, wonach die oben genannten Leistungen ein Menschenrecht sind. Es sind keine Sonderwünsche, die wir erfüllt haben möchten. Die gelegentlich verwendete Bezeichnung „Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ ist unpassend. „Menschen mit besonderen Voraussetzungen“ ist wesentlich zutreffender, da wir nur einen Ausgleich unserer Handicaps fordern, um gleichberechtigt am Leben und der Gesellschaft teilnehmen und auch unseren Beitrag leisten zu können.

Als Interessenvertretung für Menschen mit Beeinträchtigungen ist es ein großes Anliegen, die Qualität der Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen zu erhalten und für alle Betroffenen zugänglich zu machen. Denn nur mit entsprechender Unterstützung können wir unser Leben selbstbestimmt gestalten – ein Recht, das für Menschen ohne Einschränkung naturgegeben erfüllt ist und für uns nicht nach Maßgabe budgetärer Mittel erfolgen darf.

■ **Alfred Prantl**, Obmann Vereinigung der Interessenvertretungen der Menschen mit Beeinträchtigungen in Oberösterreich

### Arbeitsunwillige!

Als Betriebsrat kann ich der Wirtschaftskammer zustimmen, wenn sie auffordert, arbeitsunwillige Arbeitslose dem AMS zu melden, gleichzeitig erwarte ich von der WKO mit den schwarzen Schafen in ihren Reihen zu sprechen, die den Arbeitnehmern jährlich Millionen Euro an Löhnen unterschlagen und damit nicht nur den fleißigen Arbeitern, sondern auch den Staat und die Sozialversicherungen betrügen! Beides ist ein soziales Verhalten auf Kosten der ehrlichen Leute!

■ **Walter Rothner**, Wildenau

## nachrichten.at

### Meistgelesen

Diese Berichte erhielten gestern auf [nachrichten.at](http://nachrichten.at) die meisten Zugriffe:

- 1 Aufreger:** Für Gmundner Wirt sind Arbeitslose Parasiten.
- 2 E-Mail:** Terrordrohung gegen Einrichtungen in Österreich.
- 3 Unfall:** Familienvater starb bei Radausflug in Gmunden.
- 4 Fehlalarm:** Computerspieler löste Cobraeinsatz aus.
- 5 Wetter:** Starkregen- und Gewitterwarnung für Freitag.

Die OÖN auf Facebook: [facebook.com/nachrichten.at](https://www.facebook.com/nachrichten.at)

### Leserbriefe an ...

✉ [leserbriefe@nachrichten.at](mailto:leserbriefe@nachrichten.at)  
OÖNachrichten, Leserbriefe, Promenade 23, 4020 Linz, Fax: 0732 / 7805-329; Postfach 78 und 79

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerungen der Redaktion. Anonyme Briefe und E-Mails werden nicht veröffentlicht, auch nicht unter „Name der Redaktion bekannt“.